

DISCUSSION PAPER

Januar 2018

Fedor Ruhose
Dominic Schwickert

Strategische Optionen für die SPD in einer erneuten Großen Koalition

Der Sonderparteitag am 21.1.2018 in Bonn hat entschieden: Für die Führung der SPD ist der Weg frei für Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU. Die Zustimmung erfolgte mit 56 Prozent Zustimmung denkbar knapp. Die deutsche Sozialdemokratie steht nun in den nächsten Wochen und Monaten vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Darum müssen jetzt nicht nur die inhaltlichen Kernanliegen, über die bereits viel geschrieben wurde, sondern auch die strategischen Optionen auf dem Weg in eine neue „GroKo“ in den Blick genommen werden. Denn die neue Ausgangslage bietet für die SPD auch Chancen – sofern die Partei folgende Fragen beantworten kann: „Wie wird sie als Juniorpartnerin in einer Großen Koalition die treibende Kraft? Und wie kann sie trotz Regierungsverantwortung die dringend gebotene Erneuerung der Partei vorantreiben?“ In diesem Papier werden erste Ideen formuliert, wie die SPD in einer erneuten Großen Koalition ihre Risiken minimieren und sich echte Chancen erarbeiten kann. Nur Inhalte durchzusetzen wird für die SPD auf einem erfolgreichen Weg zur Bundestagswahl 2021 nicht reichen. Vielmehr bedarf es einer Inhalte-plus-Strategie und einem neuen Leitbild der „doppelten Sicherheit“.

NICHT DIE GROKO PER SE WAR DAS PROBLEM

Viele machen die Große Koalition für den Niedergang der SPD verantwortlich. Insbesondere – so die innerhalb der Partei und von politischen Kommentatoren häufig vertretene Auffassung – habe die gemeinsame Regierung der beiden (vormals) großen Parteien den rechten Rand gestärkt. Dass die Alternative für Deutschland (AfD) so starken Zulauf erfahren hat, liegt dieser Lesart folgend daran, dass beide Parteien

immer weniger unterscheidbar geworden seien. Und natürlich: In Großen Koalitionen und in Wahlkämpfen ohne Koalitionsaussage besteht die Gefahr, dass die politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien nur zurückhaltend geführt wird, da (zukünftige) Partner nicht abgeschreckt werden sollen. Allerdings ist dies nicht der einzige Grund. Denn nicht die Große Koalition als solche hat die politische Debatte gelähmt und Ränder erstarken lassen, sondern vor allem die konkrete Politik von SPD und CDU/CSU. Daher muss

man künftig durch eine bessere Politik dafür sorgen, dass die Grundlage für den großen Protestanteil der AfD entzogen wird.

So oder so: Allein wegen der sich wandelnden Parteien-demokratie wird die Häufigkeit von Großen Koalitionen in Zukunft vermutlich eher zu- als abnehmen. Dass Koalitionen zwischen der größten Mitte-rechts- und der größten Mitte-links-Partei als Hauptwettbewerber im politischen Geschäft niemals „Liebesheiraten“ sind, versteht sich ebenso von selbst wie die Tatsache, dass Große Koalitionen aus historischer und demokratietheoretischer Perspektive vielleicht keine gute, aber oftmals doch die weniger schlechte Alternative darstellen.

„Die SPD ist geschwächt aus den vergangenen Großen Koalitionen herausgegangen, weil sie viel Verzagtheit, aber keine echte Fortschrittsperspektive geboten hat.“

Die Behauptung jedoch, Juniorpartner würden aus einer Großen Koalition stets als Verlierer herausgehen, lässt sich nicht aufrechterhalten. Denn auch wenn die SPD nach den Großen Koalitionen von 2005-2009 und 2013-2017 deutlich an Stimmen verloren hat, konnte sie zum Beispiel nach der ersten Großen Koalition ab 1966 viele Stimmen hinzugewinnen und den Kanzler stellen. Dies vor allem, weil sie damals von einer starken Idee und nachhaltigen Mission beflügelt war, nämlich sprichwörtlich mehr Demokratie zu wagen. Dass die SPD nun aus den jüngsten Großen Koalitionen so geschwächt herausgegangen ist, hat viel damit zu tun, dass sie keine vergleichbare Fortschrittsperspektive geboten hat. Auch die Verzagtheit der SPD ist dafür verantwortlich, dass sie bei den Wählerinnen und Wähler so kritisch gesehen wird. Die SPD drehte sich in der Vergangenheit zu sehr um sich selbst, statt sich auf die tatsächliche Problemlösung politischer Herausforderungen zu fokussieren und sich optimistisch sowie zukunfts- und erneuerungsfreudig zu zeigen.

Es gab aber noch einen weiteren Grund, weshalb die SPD aus der ersten Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 erstarkt hervorging: Nach den Jahren konservativer Regierungsführung von Adenauer über Erhard zu

Kiesinger war die Zeit für einen politischen Neuanfang gekommen. Und auch diese neue Lage muss die SPD bei ihrer Strategiewahl beachten: Anders als 2005 oder 2013 würde die SPD nun im Falle eines positiven Mitgliedervotums in ein Kabinett Merkel eintreten, in dem die Kanzlerin ihre Abenddämmerung erlebt. Das Sondierungspapier schafft mit der Revisionsklausel beziehungsweise der Eigenbilanzierung der Politik der neuen Großen Koalition zur Halbzeit der Legislaturperiode auch für die SPD noch einmal ein Gelegenheitsfenster zur Profilierung und inhaltlich-programmatischen Abgrenzung.

KEIN AUTOMATISMUS DER REGENERATION

Die politische Erneuerung als attraktive linke Volkspartei ist weder in Regierungsverantwortung noch in der Opposition eine ausgemachte Sache. Denn auch in der Opposition kann die SPD weiter an Bedeutung verlieren, wie die langen Jahre der Kohl-Ära eindrucksvoll bewiesen haben: trotz teilweise äußerst unpopulärer konservativer Regierungspolitik verlor die SPD in der Opposition immer weiter an Zustimmung (minus 4,7% im Jahr 1983, minus 1,2% im Jahr 1987 sowie minus 3,5% im Jahr 1990).

Ähnliches gilt für die Regierungsbeteiligung. Falls die Erneuerung misslingt, wird die SPD weiter an Unterstützung verlieren, weil eine starke Opposition aus der lautstarken AfD, einer rigorosen Linken sowie selbstbewussten Liberalen und Grünen jede Chance nutzen wird, ihre Schwächen bloßzulegen. Derzeit ist die SPD eine unterschiedlich starke Regional- und bundesweite „Mittelgewichtspartei“. Um im nächsten Jahrzehnt wieder eine maßgebliche politische Kraft der Bundespolitik zu werden, muss sie sich dringend modernisieren und erneuern. Dieser Aufgabe muss sich die SPD stellen – unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheids.

ERFOLGSBEDINGUNGEN IN EINER NEUEN GROSSEN KOALITION

Eine erneute GroKo wäre sicherlich keine Aufbruchskoalition. Vielmehr würde sie der aktuellen Stimmungslage Rechnung tragen, die sich folgendermaßen

1. Elmar Wiesendahl: „Strategische Lehren aus dem Bundestagswahlkampf 2017“ vom November 2017

beschreiben lässt: Zwar besteht eine gewisse Verunsicherung, die sich auf gesellschaftliche Umbrüche durch Globalisierung und Digitalisierung, aber sicherlich auch auf den gefühlten Kontrollverlust des Staates während der Flüchtlingskrise zurückführen lassen. Gleichzeitig ist die Mehrzahl der Bevölkerung mit der aktuellen ökonomischen Situation einigermaßen zufrieden. Deutschland ist derzeit mehrheitlich geprägt von einem zunehmend „gedämpften“ Zukunftsoptimismus.

„Die drei Erfolgsbedingungen für mehrheitsfähige Politik sind Sicherheit und Verlässlichkeit vermitteln, glaubwürdiges Führungspersonal anbieten und die Kernkompetenz greifbar machen.“

Diesen Stimmungslagen und Bedürfnissen ist die SPD bislang nur unzureichend gerecht geworden. Zudem hat sie aus ihren fallenden Zustimmungswerten keine strategischen Schlüsse gezogen. Vielmehr hoffte sie nach der Wahl zunächst, sich in einer Oppositionsphase erholen und erneuern zu können. Doch den Willen zur Erneuerung kann die SPD auch in einer Regierung beibehalten – und gleichzeitig ein positives Gefühl für das Regieren in Deutschland wiedergewinnen. Dafür muss sich die Partei drei zentrale Erfolgsbedingungen für mehrheitsfähige Politik bewusstwerden, die sich aus den erfolgreichen Landtagswahlen der vergangenen Jahre ableiten lassen. Die SPD ist immer dann erfolgreich, wenn sie:

1. Sicherheit und Verlässlichkeit vermittelt;
2. Führungspersonal anbietet, das glaubwürdig Ideen und Inhalte vertritt, um Deutschland oder das jeweilige Bundesland zukunftsfähig aufzustellen;
3. ihre Kernkompetenz „Soziale Gerechtigkeit“ auf eine konkrete Botschaft für das Land herunterbricht.

Letzteres bedeutet, dass Gerechtigkeitsdebatten nicht als abstrakte Diskurse geführt werden sollten, sondern handfest an Alltagswahrnehmungen anknüpfen müssen. Gerechtigkeit muss greifbarer werden². Das

bedeutet auch: Bilder wirken stärker als Zahlen. Das Streben nach „Gerechtigkeit“ muss mit ganz konkreten Fragen verbunden werden, zu denen die SPD sprechfähig zu sein hat. Beispielsweise: Wo und wie können und sollen Internetkonzerne besteuert werden? Was ist gerechte Integration und Asylpolitik? Wie öffnen wir den Arbeitsmarkt für Frauen, Zuwanderer und ältere Menschen? Wie können Mütter und Väter neue Formen der Partnerschaftlichkeit verwirklichen? Wie funktioniert betriebliche Mitbestimmung in der Digital Economy?

„Die SPD sollte ihre Politik insgesamt verständlicher und persönlicher darstellen: Was ist das Problem? Was tun wir dagegen? Wem hilft das?“

STRATEGISCHES KONFLIKTMANAGEMENT FÜR MEHR GESCHLOSSENHEIT

Die Sozialdemokratie kann die genannten Erfolgsbedingungen auch in einer neuen Großen Koalition erfüllen, wenn sie diejenigen Themen betont, die das Leben der Menschen nachhaltig beeinflussen – und wenn sie zugleich Personen vorweisen kann, die großes Vertrauen genießen. Eine solche positive Entwicklung für die SPD setzt voraus, dass die Partei ihre innere Zerrissenheit der letzten Monate und Jahre überwindet. Darauf muss sich die Parteiführung nun konzentrieren. Nur wenn die SPD geschlossen und überzeugt von sich ist, kann sie auch Wählerinnen und Wähler überzeugen. Das knappe Abstimmungsergebnis des Bonner Sonderparteitags zeigt, dass genau hier der Fokus der eigenständigen Parteiarbeit liegen muss. Dabei helfen würde ein strategisches Konfliktmanagement, damit der Weg zum Mitgliederversammlung und dessen Durchführung gemeinsam konstruktiv gestaltet wird. Durch eine gemeinsam verabredete Prozessbegleitung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Großen Koalition, könnte Vertrauen aufgebaut und zurückgewonnen werden. Das kann allerdings nur der Anfang eines gemeinsamen Prozesses sein. Die auf dem Parteitag beschlossene „Roadmap“ für den inhaltlichen Erneuerungsprozess muss um konkrete Vorschläge zur Bewältigung der inneren Zerrissenheit der Partei ergänzt werden.

2. Vgl. Leonard Novy: „Ganz unten. Auf der Suche nach dem verlorenen Ethos der SPD“, NG|FH 5|2016, 5, Seite 3 ff.

DAS PRINZIP DER DOPPELTEN SICHERHEIT UND WIE DIE SPD ES VERKÖRPERN KANN

In einer komplexen Gesellschaft und einem sich weiter ausdifferenzierenden Parteiensystem ist Vertrauen zentral. Die gesellschaftliche Unterstützung für die SPD ist stark zurückgegangen. Für viele ist sie heute ein weißes Blatt, eine Partei ohne Eigenschaften. Wenn Untersuchungen zeigen, dass inzwischen sowohl SPD-affine als auch CDU-affine Wählerinnen und Wähler die SPD auf Bundesebene als profillos bezeichnen, muss etwas geschehen. Daher sollte die Partei die Koalition beherzt angehen und mit mobilisierenden Projekten beleben. Diese sollten im Bereich einer europabetonten Variante wohlfahrtsstaatlicher Sozialdemokratie liegen. Das Leitbild muss die SPD als fortschrittliche Partei darstellen, die klar für die offene Gesellschaft eintritt.

„Für viele ist die SPD heute ein weißes Blatt, eine Partei ohne Eigenschaften.“

Damit dieses Projekt nicht abstrakt bleibt, muss die SPD klar kommunizieren: Sie ist die „Partei der doppelten Sicherheit“. Diese besteht zum einen aus der „Öffentlichen Sicherheit“. Denn ein „sicheres Leben“ gehört zweifellos zu den wichtigsten öffentlichen Gütern, die eine Regierung garantieren muss. Zum anderen umfasst die „doppelte Sicherheit“ den Markenkern der SPD, nämlich die soziale Absicherung von Individuen in allen Lebenslagen zu gewährleisten. Denn im 21. Jahrhundert werden sich die meisten Menschen vielen Umbrüchen stellen müssen, die ein verantwortungsvoller Staat begleiten sollte.

Dieses Leitbild der doppelten Sicherheit lässt sich politisch zum Beispiel durch sozialdemokratisch besetzte Innen- und Arbeitsministerien verkörpern. So könnte die SPD eine strategische Aufstellung verfolgen, die über reine „Inhalte“ und „Spiegelstriche“ hinausgeht. Sie könnte zeigen, dass sie einen ganzheitlichen Politikansatz für unsichere Zeiten hat und als Partei soziale und innere Sicherheit miteinander verbindet. Die SPD wäre dann Garant für unsere offene und zugleich sichere Gesellschaft. Freiheit ohne Sicherheit ist nicht viel wert. Daraus leitet sich auch die soziale Politik der

SPD ab: Schluss mit den schlechten Bedingungen am Arbeitsmarkt, Korrekturen an der Agenda 2010 über das Arbeitslosengeld Q, dafür Einstieg in die Rentenreform und eine Steuer- und Abgabenreform für untere und mittlere Einkommen. Das Sondierungspapier enthält hier erste wichtige Abschnitte, die allerdings nur lose nebeneinanderstehen.

„Dieses Leitbild der doppelten Sicherheit lässt sich politisch zum Beispiel durch sozialdemokratisch besetzte Innen- und Arbeitsministerien verkörpern.“

Gleichzeitig würde das gemeinsame Zusammenleben und die gegenseitige Anerkennung in der Einwanderungsgesellschaft garantiert. Damit kann die SPD an die erfolgreichen Wählerkoalitionen zwischen sicherheitsbedürftiger Arbeiterschaft und linksliberaler Mittelschicht anknüpfen. Dadurch lässt sich die gesellschaftliche Modernisierung mit einer Stärkung kollektiver Absicherungswünsche in unseren Sozialsystemen verbinden. Das Leitbild der „doppelten Sicherheit“ kann zentraler Bestandteil einer SPD-Strategie für diese Legislaturperiode und darüber hinaus sein, die den Markenkern der SPD in eine moderne Programmatik einbettet.

Dieses Leitbild setzt voraus, dass die SPD ihre Haltung bei Integration und Aufnahme von Flüchtenden ausarbeitet. Wie der Beschluss des SPD-Parteitags festhält, war es ein Fehler, keine eigene SPD-Linie formuliert zu haben. Sie changierte mit ihrem damaligen Vorsitzenden an der Spitze zwischen „refugees welcome“ und „Pegida-Verstehern“. Durch diese fehlende Eindeutigkeit wurde sie am Ende in der gesellschaftlichen Debatte zwischen Merkel-CDU und AfD aufgerieben. Dass die Menschen den Verlust staatlicher Handlungsfähigkeit spürten und mit Sorge betrachteten, hat die SPD nicht aufgenommen. Gerade die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft muss die SPD mit den Konzepten der „doppelten Sicherheit“ angehen. Dafür hat die SPD als Großstadt- und Stadtpartei genügend Kompetenz. Auf diese Fähigkeiten sollte die SPD zurückgreifen und eine Kommission ihrer Oberbürgermeister zu dieser Frage einrichten, aus der bis Ende 2018 eine stimmige progressive Integrationspolitik erwachsen kann.

„Die SPD als Großstadt- und Stadtpartei sollte eine Kommission ihrer Oberbürgermeister zu Konzepten der ‘doppelten Sicherheit‘ einrichten, die bis Ende 2018 eine stimmige Integrationspolitik erarbeitet.“

ZEHN ECKPUNKTE EINER SELBSTBEWUSSTEN SPD-STRATEGIE

Es geht jetzt (noch) nicht um das Jahr 2021. Es geht darum, dass Deutschland 2018 in einer angespannten politischen Situation in Deutschland, Europa und der Welt eine Verantwortungskonkordanz braucht. Doch wenn Verantwortung und Stabilität das Leitmotiv der Großen Konkordanz bilden, wo bleibt dann die Zukunft?

Diese Lücke muss der progressive Teil der Regierung für sich nutzen. Leider leistet das Sondierungspapier dies bislang nicht. Dass die SPD-Parteiführung diese Leerstelle zugelassen hat, war ein strategischer Fehler noch vor Beginn der Konkordanzverhandlungen. Diesen muss sie in den anstehenden Verhandlungen wettmachen.

Die Herausforderung, die viele – sowohl GroKo-Gegner als auch Befürworter innerhalb der SPD – in einem erneuten Bündnis mit der Union als besonders schwierig bis unlösbar ansehen, ist klar beschrieben: Sie muss beweisen, dass sie politische Ambitionen und Wirksamkeit sowie personelle Optionen hat, die weit über die Rolle des Juniorpartners hinausgehen. Für einen erfolgreichen Eintritt in – wie auch (irgendwann) wieder einen erfolgreichen Austritt aus – der GroKo werden hier zehn Grundbedingungen einer erfolgreichen strategischen Neuaufstellung benannt:

1. Die SPD muss sich radikal erneuern.

Die SPD konnte mit ihrem Bundestagswahlprogramm 2017 nur 20,5 Prozent der Menschen in Deutschland erreichen. Die Partei muss also ihre inhaltlichen Positionen überprüfen und erweitern. Bestimmte alte Ladenhüter-Debatten müssen beendet und neue Anknüpfungspunkte für den SPD-Markenkern gefunden werden.

Aber nicht nur die massiven Wählerverluste zwingen die Partei zur Erneuerung, auch die stetig diverser, mobiler und digitaler werdende Gesellschaft verlangt Veränderungen. Die verantwortlichen Personen in der Parteiführung und Regierungskonkordanz müssen die Zweifel der Basis ernstnehmen und einen tiefgreifenden Veränderungsprozess initiieren. Sie müssen neben der Regierungsarbeit auch eine eigenständige und profilschärfende Parteiarbeit vorantreiben. Sie sollten mit Mitgliedern auf Veranstaltungen vor Ort, über Online-Dialoge und andere alte und neue Formate über die Rolle der SPD auf Bundesebene und in der Regierung regelmäßig diskutieren. Die Besonderheit der Lage erfordert von der SPD als Diskurspartei, dass Partei- und Regierungsverantwortung bis zu einem gewissen Grad personell getrennt werden sollte.

„Bestimmte alte Ladenhüter-Debatten müssen beendet und neue Anknüpfungspunkte für den SPD-Markenkern gefunden werden.“

Um den Kontakt zu den Menschen wieder zu stärken, sollte die Bundestagsfraktion regelmäßig Tür-zu-Tür-(TzT-)Aktionen durchführen und sich mit den Landtagsfraktionen vernetzen. Doch das ist nicht genug: Die Partei darf keine Angst mehr vor dem Kontakt mit den Menschen haben. Sie muss über das TzT-Format hinaus wieder das gesellschaftliche Gespräch suchen. Die innerparteiliche Modernisierung muss fortgesetzt werden. Die vernetzte Partei muss als Leitbild deutschlandweit etabliert werden.

2. Inhalte allein reichen diesmal nicht.

Das ist die Lehre aus 2009 und 2013. Das ist die Lehre aus der Zusammenarbeit in einem Kabinett Merkel. Eine Inhalte plus-Strategie verbindet inhaltliche Neupositionierung mit personeller Erneuerung. Inhalte werden eingebunden in eine größere Erzählung. Dazu gehört auch explizit eine Erneuerung ihres Regierungspersonals: jünger, weiblicher, frischer. Damit muss sie dem Trend der Personalisierung von Politik Rechnung tragen. Gleichzeitig ist diese personelle Erneuerung notwendig, um die eigenen Reihen zu mobilisieren. Das Misstrauen auf dem Parteitag in Berlin im Dezember

2017 und in Bonn im Januar 2018 war mit Händen greifbar – es war aber auch schon 2013 spürbar. Diese wechselseitige Entfremdung von Parteibasis und Parteiführung ist eine schwere Hypothek. Sie steht einer starken SPD in der neuen Koalition mehr entgegen als Angela Merkels Entpolitisierungsstrategie.

„Diese wechselseitige Entfremdung von Parteibasis und Parteiführung steht einer starken SPD in der neuen Koalition mehr entgegen als Angela Merkels Entpolitisierungsstrategie.“

3. Die SPD muss Sozialbündnisse stärken

Gemeinsam für eine bessere Zukunft streiten – dafür müssen die Bindungen mit den Gewerkschaften weiter gestärkt werden. Der Gewerkschaftsrat sollte auf der Bundesebene einen großen Stellenwert einnehmen. Gleichzeitig muss die SPD ihre Kontakte zu den Vorfeldorganisationen wieder intensivieren und somit eine soziale Bündnisstrategie verfolgen – auf der Bundesebene, aber gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken auch auf regionaler Ebene. Doch bedarf es in dieser Situation nicht nur der Belebung bestehender Bindungen. Darauf aufbauend muss die SPD mit neuen Partnerinnen und Partner Allianzen in der Gesellschaft suchen und für ein besseres Deutschland streiten.

4. Die SPD muss wieder Partei der Arbeit werden.

Arbeitsplätze und Arbeitnehmer stehen im Mittelpunkt. Die SPD muss Antworten auf die materiellen Fragen bieten. Ökologie, Toleranz und Vielfalt sind wichtige Politikfelder. Aber der Wertewandel erfasst nicht alle aus der alten erfolgreichen Wählerinnen- und Wählerkoalition der SPD. Die Partei muss sich daher damit beschäftigen, vermeintlich postmaterielle Fragen wieder in den materiellen Deutungsrahmen zu überführen. Daher kommt es auch darauf an, optimistisch für ein Deutschland mit Zukunft einzutreten und Integration und Digitalisierung so zu gestalten, dass alle von ihr profitieren. Die SPD darf keine „Abwehrkämpfe“ gegen das Neue führen, sondern sollte diese Dynamik für die Menschen nutzbar machen.

5. Die SPD muss aufhören, sich nur noch von Demoskopie und Marktforschung leiten zu lassen.

Die Partei muss ihre vertrackte Lage dazu nutzen, sich selbst zu vergewissern. Sie muss klarer und mutiger werden, endlich Themen wieder deutlich ansprechen und den großkoalitionären Kompromiss nicht schon innerlich vorwegnehmen. Der SPD hat in den vergangenen Jahren der Mut gefehlt. Dabei zeigen die erfolgreichen Landtagswahlen der letzten Jahre, dass die Menschen die SPD mit der Regierungsbildung beauftragen, wenn sie klar und überzeugend wirkt. Sie sollte die rein am sogenannten Wählermarkt orientierten Nachfragestrategien der vergangenen Jahre hinter sich lassen. Die SPD muss wieder bei sich sein und wissen wofür sie steht – dann kann sie auch andere überzeugen. Das Leitbild der „doppelten Sicherheit“ kann integrierend wirken.

„Nach 2009, 2013 und 2017 muss die Partei für die Spitzenkandidatur der nächsten Bundestagswahl endlich ein geordnetes und klug orchestriertes Verfahren zu einem früheren Zeitpunkt anstreben.“

6. Die SPD-Führung muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

Es gibt keine Überlebensgarantie für die SPD, weder in der Regierung noch außerhalb. Daher darf 2021 nicht mit derselben Fahrlässigkeit angegangen werden wie die vorherigen Bundestagswahlen. Die kurzfristige Nominierung eines Kanzlerkandidaten kann nicht zu einer gelungenen Kampagne führen. Stattdessen müssen Personalfragen frühzeitig geklärt sein. Personelle Erneuerung funktioniert nur, wenn sie von einem Kollektiv getragen wird. Nach 2009, 2013 und 2017 muss die Partei für die Spitzenkandidatur der nächsten Bundestagswahl endlich ein geordnetes und klug orchestriertes Verfahren zu einem früheren Zeitpunkt anstreben. Dieses darf auch bei Gegenwind nicht wieder sofort in Frage gestellt werden.

7. Die SPD muss wieder die Arena für richtungsweisende gesellschaftspolitische Debatten werden.

Zukunftsweisende Themen sollten systematisch mit starken und glaubwürdigen Köpfen „personalisiert“ und die Problemlösungskompetenz der SPD in der Außenkommunikation stärker hervorgehoben werden. Bündnisse mit Kulturschaffenden müssen erneuert, intellektuelle Debatten wieder in der Partei verankert und offen ausgetragen werden. Dafür sollte die Partei beispielsweise ein „Forum Neuer Sozialstaat“ einrichten, in dem die Partei sich mit Zukunftsformen der sozialen Sicherung (wie etwa dem Grundeinkommen) auseinandersetzt. Generell kommt es darauf an, gerade als Regierungspartei Profil zu zeigen und unterscheidbar zu bleiben, indem politische Gegensätze gezielt herausgearbeitet und öfter als in der Vergangenheit mutig zur Diskussion gestellt werden – auch wenn dies wie im Fall der „Ehe für alle“ Konflikte innerhalb der Regierung bedeutet. Dafür ist vor allem anderen ein neuer Umgang mit den Kategorien „Konsens“, „Konflikt“ und „Kompromiss“ nötig. Diesen muss die SPD lernen und einüben.

„Bündnisse mit Kulturschaffenden müssen erneuert, intellektuelle Debatten wieder in der Partei verankert und offen ausgetragen werden.“

8. Die SPD muss ihr Glaubwürdigkeitsproblem offensiv angehen.

Nennen wir es beim Namen: Die SPD leidet unter dem Trauma der Agenda 2010. Es spricht viel dafür, dass sie eine Therapie machen muss. Endlich. Auch wenn Andrea Nahles recht hat, dass die Agenda 2010 nur noch eine reine Selbstbeschäftigung ist, haben die Kongresse im Rahmen von #SPDerneuern erneut gezeigt, wie sehr die Basis noch immer an den Sozialstaatsreformen leidet. Auf diesen Aufarbeitungsprozess muss sich die Parteiführung in der Großen Koalition einlassen. Dafür sollte ein Ort, wie beispielsweise eine Parteiarbeitsgruppe, geschaffen werden.

9. Die SPD muss eine Ost- sowie eine Süd-Strategie entwickeln.

Die SPD hat in den meisten Regionen Ostdeutschlands den Kontakt zu den Menschen verloren. Diesen kann sie nicht allein durch bessere Politik für Ostdeutschland zurückgewinnen. Es bedarf einer Ost-Strategie der Partei und auch der neuen Bundesregierung. Aber der Vertrauensverlust zur SPD sitzt noch tiefer. Daher müssen neue Wege gewählt werden. Die SPD sollte einen „Bürgerprozess Ostdeutschland“ starten. In den ostdeutschen Bundesländern würden dann Bürgergutachten für die SPD verfasst und Bürgerkonferenzen über die politischen Perspektiven für Ostdeutschland abgehalten. In einem Prozess bis 2020 wird daraus der neue Zukunftsplan entwickelt. Wichtig ist hierbei auch, die Situation gemeinsam mit den östlichen Landesverbänden der Linkspartei zu analysieren und zu gemeinsamen Folgerungen zu kommen, um dem Populismus der AfD in Ostdeutschland eine wirksame linke Kraft entgegenhalten zu können. Da eine reine Konzentration auf den Osten zu kurz greift, sollte die SPD sich genauso mit den Problemen im Süden Deutschlands befassen und hierfür eine Süd-Strategie entwickeln. Sie ist dort in vielen Landstrichen nicht mehr präsent. Dort gibt es weder Partei- noch Abgeordnetenbüros. Dies ist der zweite wichtige Ansatzpunkt der neuen Organisationsstrategie. Der Parteivorstand muss mit den betroffenen Landesverbänden ein Konzept entwickeln, wie die Partei in der Fläche erhalten bleiben oder Regionen „zurückerobern“ kann. Dabei spielen natürlich digitale Elemente eine wichtige Rolle – aber auch klassische Ansätze wie die Einrichtung von Quartiersbüros und ähnliches.

10. Die SPD muss ein Demokratie-Update für Deutschland vornehmen.

Mit ihren bisherigen Beschlüssen des Berliner Parteitags 2017 und den Ideen der Initiative SPD++ hat die SPD ihre Digitalkompetenz bewiesen. Darauf aufbauend muss sie einen Schwerpunkt auf Demokratiekompetenz und die Stärkung des Parlaments setzen. Digitale Angebote können hier neue Perspektiven auch hinsichtlich der Bürgernähe der Verwaltung schaffen. Im Bundestag sollte die SPD eine Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie einsetzen. Auch die Idee der regelmäßigen KanzlerInnen-Befragung nach britischem Vorbild ist vielversprechend und würde die Parlamentsdemokratie

beleben. Zusammen mit den diskutierten Bürgerforen schärft die Partei so ihren Markenkern einer bürgernahen, emanzipatorischen Kraft.

„Optimismus ist für die SPD das einzig erfolversprechende Geschäftsmodell.“

FAZIT: RELAUNCH IN PROGRAMMATIK, STIL & PERSONAL

Die SPD kann in der Großen Koalition existenziell unter Druck geraten – oder am Ende der Legislaturperiode als wesentliche gestaltende Kraft der deutschen Politik wahrgenommen werden. Ihre eigene Zukunft hat die SPD zu einem hohen Grad selbst in der Hand: Sie kann den enormen Anforderungen und Erwartungen an eine progressive Kraft zwischen Regierungsverantwortung und interner Erneuerung gerecht werden, wenn es ihr gelingt, als Partei und „Idee“ wieder attraktiv zu werden und sich dabei als kritisch-konstruktive Begleiterin und proaktive Gestalterin des Zusammenlebens zu profilieren. Die Basis der SPD sehnt sich nach einem gut strukturierten Erneuerungsprozess: klar in der Anmutung, mit neuen Inhalten und mit personeller Veränderung. Optimismus ist für die Sozialdemokratie das einzig erfolversprechende Geschäftsmodell.

In diesem Diskussionspapier wurden Elemente für eine Strategie vorgestellt, mit der es der SPD gelingen kann, in einer Großen Koalition mitzuregieren und gleichzeitig den dringend gebotenen und im wahrsten Sinne „alternativlosen“ Revitalisierungsprozess der Partei voranzutreiben.

In der neuen Wahlperiode wird es darauf ankommen, Konflikt und Konsens zusammenzudenken. So wird es Aufgabe der SPD in einer erneuten Großen Koalition sein, dass *erstens* wichtige Debatten im Parlament regierungsseitig nicht so stark begrenzt werden wie bislang und *zweitens* die neue Bundesregierung selbst konfliktfähiger ist, als es bei den bisherigen Regierungen Merkels der Fall war. Das fängt bei einer anderen regierungsinternen Abstimmung an, bedarf einer eigenständigen Parteiarbeit, die jenseits des Regierungsalltags politische Akzente setzt, und endet nicht bei der vorgesehenen Halbzeitbilanz der Regierung nach zwei Jahren.

Wenn dies alles gelingt, wird sich die SPD nach einem weiteren Regierungsbündnis mit CDU und CSU vor der nächsten Bundestagswahl 2021 als erfolgreiche Regierungspartei und attraktive Alternative präsentieren können. Dann kann – ähnlich wie 1969 – trotz (oder gar wegen) Großer Koalition nach zwei Jahrzehnten ein neuer realistischer Führungsanspruch links der Mitte erwachsen sein.

CHANCEN NUTZEN, RISIKEN MINIMIEREN!

- **2021 zählt 2021:** Wie die Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Bundestagswahl abstimmen, ist heute unklar, aber von der SPD maßgeblich mit zu beeinflussen. Viele Wählerinnen und Wähler legen sich immer später fest – ihr Anteil liegt bei 40 bis 45 Prozent. Sie machen ihre Wahlentscheidungen weitgehend von aktuellen Themen und individuellen Bedürfnissen abhängig. Situative Umstände, die den Wahltag prägen, werden wichtiger. Es ist also Vieles offen für die SPD.
- **2021 zählt schon jetzt:** Die SPD muss jetzt die organisatorischen Probleme der zurückliegenden Wahlkämpfe analysieren. Früher war die SPD bei Wahlkämpfen technisch nicht zu schlagen. Bei den jüngsten Wahlkämpfen war das anders. Es bedarf einer „Kampa reloaded“. Schon jetzt muss die organisatorische und zukunftsfähige Struktur gefunden werden, die künftig Kampagnen aus einem Guss ermöglicht.
- **Nicht 2021 zählt, sondern jetzt:** Die SPD muss sich bewusst werden, wofür sie in der Regierung eintreten will. Die zehn Optionen dieses Papiers sind Vorstellungen dafür, wie die SPD als wichtige politische Kraft in Deutschland bestehen kann. Garantien, dass das klappt, gibt es nicht. Es geht darum, mit diesen Vorschlägen vorhandene Chancen zu nutzen und die bestehenden großen Risiken abzumildern.

Die Autoren



Fedor Ruhose ist Policy Fellow bei *Das Progressive Zentrum* und beschäftigt sich dort schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Demokratie und Bund-Länder Beziehungen. Hauptberuflich ist Fedor Ruhose Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Davor war der Diplom-Volkswirt in unterschiedlichen Funktionen im Leitungsstab der Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz tätig.



Dominic Schwickert ist Geschäftsführer von *Das Progressive Zentrum*. Er hat langjährige Erfahrung in der Politik- und Strategieberatung (u.a. Stiftung Wissenschaft und Politik, Bertelsmann Stiftung, IFOK GmbH, Stiftung Neue Verantwortung, Deutscher Bundestag, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). Dominic Schwickert war im Herbst 2017 John F. Kennedy Memorial Policy Fellow am Center for European Studies der Harvard University.

Impulse für die Parteierneuerung

Das vorliegende Papier setzt den Auftakt zur Reihe „Strategische Optionen für progressive Parteien nach der Bundestagswahl 2017“ von *Das Progressive Zentrum*. Der Think-Tank setzt sich in loser Folge mit der Frage auseinander, wie sich die vorwärtsgewandten Parteien des Deutschen Bundestages unter den aktuellen gesellschaftspolitischen Bedingungen und politischen Konstellationen revitalisieren können. Ziel ist es, Impulse zu setzen für die strategische Neuaufstellung der Parteien im Spannungsfeld zwischen Regierungs- oder Oppositionsverantwortung einerseits sowie der Notwendigkeit programmatischer Erneuerung andererseits.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel von *Das Progressive Zentrum* ist es, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten“ fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© *Das Progressive Zentrum* e.V., 2018

Ausgabe: Januar 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o *Das Progressive Zentrum* e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Design: 4S & Collet Concepts | Layout: Daniel Menzel

Wir denken weiter.